Erste Ausgabe.

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Abonnements-Preis
pro Quartal 2 Mark
(incl. illustr. Sonntagsblatt und landw. Mittheilungen).
Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11 Uhr, in zweiter Ausgabe Nachmittags 3½ Uhr.

Insertionsgebühren
für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle und Reg.-Bezirk Merseburg
nur 15 Pf., sonst 18 Pf.
Reclamen an der Spitze des Inseratentheils pro Zeile 40 Pf.

№ 35. Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung. **Halle, Donnerstag 11. Februar.** Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhard. **1886.**

Zu den Ausweisungen in den östlichen Provinzen.

II.

Zur Charakteristik dieser im gestrigen Artikel erwähnten Renegaten des Deutschthums sei Folgendes mitgetheilt:

Im März des Jahres 1848 wurde eine Compagnie des 21. Regiments aus Schneidemühl nach Czarnikau beordert, woselbst Unruhen ausgebrochen sein sollten. Als die Compagnie mit Tagesanbruch an dem Bestimmungsort eingetroffen war und auf dem Markt Aufstellung genommen hatte, fanden sich einige Herren ein, darunter ein Herr Szczumann (wahrscheinlich ein Verwandter des jetzigen Abgeordneten, der sich so energisch gegen seine deutsche Abstammung verwahrte), und stellten sich dem kommandirenden Offizier als Deputirte des polnischen National-Comités vor. Auf die Frage, zu welchem Zweck sie nach Czarnikau gesandt wären, antworteten sie: „Um auf Recht und Ordnung zu sehen". Der Offizier drückte seinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Behauptung aus, indem er die Herren darauf hinwies, daß die Post- und Kreiskasse in Beschlag gelegt, der Landrath geflüchtet sei u. s. w. Herr Szczumann und seine Begleiter blieben aber bei dem Gesagten und ergingen sich in den größten Unterthänigkeits- und Loyalitätsversicherungen gegen den König von Preußen; ihre Absichten seien nur gegen Rußland gerichtet. Da erhob sich plötzlich eine Stimme aus dem Volkshaufen, der sich inzwischen auf dem Marktplatz gebildet hatte, mit dem Ruf: „Glauben Sie es ihnen nicht, sie lügen, so wie sie's Maul aufthun!"

In der Stadt Gnesen, in deren Dom die Gebeine des heiligen Adalbert ruhen (in Prag befindet sich derselbe Heilige auch), stand 18 Jahre lang bis zum Jahre 1848 das 18. Infanterie-Regiment, welches meist polnische Soldaten zählte. Bei Beginn der Revolution desertirten die Soldaten massenhaft von ihren Posten, sodaß das Regiment schleunigst verlegt werden mußte und an dessen Stelle Pommern einrückten. Diese nahmen auch bald den heiligen Adalbert in der Person eines katholischen Clerikers gefangen, welcher nächtlicher Weile die Posten besuchte und zur Desertion aufforderte, aber wohl davon keine Ahnung hatte, daß ihm dieses Manöver bei den Pommern nicht gelingen würde.

In den Gefechten bei dem polnischen Städtchen Buk wurden 13 Soldaten und ein Feldwebel (wenn ich nicht irre von einem Garderegiment) in einer Straße verwundet zurückgelassen und dort in ihrer hilflosen Lage von polnischen Weibern in der entsetzlichsten Weise verstümmelt und mit Aexten erschlagen. Noch sehe ich einen Wagen vor mir, bedeckt mit todeswunden, in blutige Lumpen gehüllten, geisterbleichen Judenweibern, in Raschan von ihren polnischen Schwestern in der gräßlichsten Weise gemißhandelt und verstümmelt. Bis zu dieser hyänenartigen Grausamkeit hatte der Fanatismus die Polenweiber Dank den Verhetzungen ihrer Beichtväter getrieben, und wenn die gebildeten Polinnen auch nicht zu so grausamen Mitteln griffen, so standen sie doch ebenfalls an der Spitze der Bewegung und feuerten die Männer zum Kampfe gegen die Deutschen an.

Ist es da ein Wunder, wenn unser Reichskanzler im Abgeordnetenhause bei Behandlung der Ausweisungsfrage auch für die polnischen Frauen keine besonderen Sympathien zu haben erklärt?

Das Jahr 1861, in welchem sich in Russisch-Polen die zweite Revolution in diesem Jahrhundert abspielte, blieb für unsere Provinzen — Dank den Vorbeugungsmaßregeln der Regierung — ohne politische Störungen. Wenn aber jetzt die Wachsamkeit unserer Behörden eine Gefährdung der Ruhe in den östlichen Provinzen durch die vielen fremdländischen Polen sieht, ist es da nicht ihre Pflicht, selbst mit Hintansetzung einer manchmal vielleicht wünschenswerthen Rücksicht, Ausweisungsmaßregeln zu treffen, um größerem Unheil vorzubeugen? Unsere Regierung befindet sich wohl hier in derselben Lage, wie ein guter Hauswirth, der einen brenzlichen Geruch in seinem Hause wahrnimmt und darum zunächst bestrebt ist, alle leicht brennbaren Stoffe aus dem Gebäude zu entfernen. Es wäre wirklich wünschenswerth, wenn einzelne Parteiführer, welche selbst gegen ihr besseres Wissen die Regierung in ihren nationalen Bestrebungen zu hemmen suchen, lediglich um Opposition zu machen, auch einmal eine derartige Reise antreten würden, wie s. Zt. der Erzbischof Dunin, welcher übrigens, wie ich hier schließlich bemerken will, nachdem keine weiteren Behörchungen für den Ausbruch von Unruhen mehr vorlagen, nach 6 Monaten in Posen von König Friedrich Wilhelm IV. unbeanstandet in Amt und Würden wieder eingesetzt wurde.

Leider ist mir nicht bekannt, wie damals Se. Heiligkeit, der Papst, diese Maßregelungen eines Kirchenoberhauptes in Preußen aufgenommen hat; ich glaube aber, er hat sich zu dessen Gunsten nicht einmal gereigt und die schwarze „Perle von Meppen" war damals in jener parlamentlosen Zeit noch nicht entdeckt. K.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

In den Bundesraths-Ausschüssen für das Branntweinmonopol fanden am Montag und Dienstag Sitzungen statt, in denen die zweite Lesung vorgenommen werden sollte; ob man damit in den beiden Sitzungen zu Ende gekommen, ist fraglich, da thatsächlich ziemlich viele Abänderungsanträge gestellt und angenommen worden sind. Es steht noch nicht fest, ob schriftlicher Bericht seitens der Ausschüsse erstattet wird, doch gilt dies als sehr wahrscheinlich. Es ist anzunehmen, daß, wie der Gang der Ausschußberathungen, auch der event. zu erstattende schriftliche Bericht vertraulich behandelt werden dürfte. Die finanziellen Erörterungen in den Ausschüssen sollen die bisherigen Schätzungen des voraussichtlichen Ertrages durch den preußischen Finanzminister in Frage stellen.

Einer der Opponenten gegen das Branntweinmonopol in der außerordentlichen General-Versammlung des Vereins der Spiritus-Industriellen, Herr Hermann Guttmann, hat die Vorschläge zu einer anderweitigen Reform der Branntwein-Besteuerung, welche er schon in dieser Versammlung andeutete, jetzt in einer Denkschrift näher ausgeführt. Er wünscht:

Erhaltung der Maischraumsteuer unter einer geringen Erhöhung derselben für die Kartoffelbrennereien, facultative Fabrikatsteuer für Preßhefefabriken und Kornbranntweinbrennereien; Regulirung und dadurch Erhöhung der Exportbonification „ohne Exportprämie", nämlich von 16 auf 20 Mark, weil jetzt das „Schwinden" nicht genügend berücksichtigt sei. Beschränkung der Production und dadurch Aufbesserung der Spiritispreise vermittelst einer um 33⅓ % höheren Normirung der Maischraumsteuer für den nach des Verfassers Ansicht unrationellen Betrieb in den Sommermonaten; für das Reich 150 Millionen Mark Mehreinnahme aus einer Branntwein-Consumsteuer, ohne dadurch die Brennereibesitzer zu belasten; zu Genußzwecken Verwendung nur rectificirten Branntweins aus Gesundheitsrücksichten, wodurch auch die Spritfabrikation und der Spiritushandel wieder aufblühen würden. Erhebung und schnelle Einführung eines Branntweinsteuergesetzes.

Dieses Programm darf jedenfalls als ein Beweis dafür angesehen werden, daß man in den Kreisen der Sachverständigen die verschiedenen Zwecke, welche mit dem Monopol verfolgt werden, ohne dasselbe für erreichbar hält. Die „Consumsteuer", welche der Verfasser der Denkschrift vorschlägt, ist ähnlich der in Frankreich bestehenden Fabrikatsteuer gedacht, indem sie nicht vom Spiritusproducenten, sondern erst beim Uebergang des Fabrikats in den Verkehr vom Händler bezahlt werden soll. Der Verfasser hält auch ihre allmähliche weitere Erhöhung nicht für ausgeschlossen. Die Verbindung der Maischraumsteuer mit ihr hat offenbar den Zweck, die Beibehaltung einer Exportvergütung zu ermöglichen.

Das Reichsversicherungsamt hat den alljährlich an den Reichskanzler zu erstattenden Geschäftsbericht nunmehr für die Zeit bis zum 31. Dezember 1885 eingereicht. Aus demselben ist zu ersehen, wie umfangreich und intensiv zugleich die Arbeiten gefördert werden mußten, um das Unfallversicherungs-Gesetz rechtzeitig in Kraft treten lassen zu können.

Die Allerhöchste Botschaft vom 14. April 1883, laut welcher Seine Majestät der Kaiser auf die rasche Einführung der Unfallversicherung hohen Werth legte, der Umstand, daß zum 1. Oktober zahlreiche Privat-Unfallversicherungsverträge abliefen, endlich die Rücksicht auf die zahlreichen schweren Unfälle, welche täglich neues Elend in die Kreise der Arbeiterbevölkerung brachten — des Anschwellens der zerfetzenden Hülfsgesetze nicht zu gedenken — dieses Alles mußte dem Reichs-Versicherungsamt die äußerste Beschleunigung der Organisationsarbeiten zur Pflicht machen. Am 14. September 1885 konnte berichtet werden, daß

[Nachdruck verboten.]

97] **Wilde Wogen.**

Roman von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Richtiger gesagt, Sie haben ihn gezwungen, Ihren Bedingungen sich zu fügen, Sie verkauften ihm dafür Ihre Verschwiegenheit", sagte der Assessor, dessen Blick durchdringend auf dem hageren Manne ruhte. „Wollen Sie nicht der Wahrheit die Ehre geben?"

„Ich sage nur, was ich weiß!"

„Sie thun es nicht, und Sie laden dadurch den Verdacht der Mitschuld auf sich. Sie wissen, auf welchem Wege und durch welche Mittel Steinthal sein Vermögen erworben hat; wollen Sie es mir sagen?"

„Durch Erbschaft."

„Das ist keine Antwort. Wen hat er beerbt, und wo wohnte der Erblasser?"

„Soviel ich weiß, eine Tante, die in Böhmen wohnte."

„Auf welchem Wege hat Steinthal das Geld empfangen?"

„Na, die Post wird es ihm wohl ins Haus gebracht haben", sagte Strick mit einem abermaligen Achselzucken. „Ich hab' mich um die Geschichte nicht weiter gekümmert; wenn man von einem Verwandten abhängt, darf man ihm nicht mit neugierigen Fragen lästig fallen."

„Das Alles sind Lügen!" rief der Assessor entrüstet. „Sie wissen sehr genau, daß Steinthal das Geld durch ein Verbrechen erworben hat! Was ist in der Sturmnacht im vorigen Herbst geschehen? Sie wissen es, Sie waren zugegen, Sie haben sich an der dunklen That betheiligt."

Bestürzt war Kaspar Strick unwillkürlich zurückgetreten, diese offene Anklage schien er nicht erwartet zu haben.

Sollte er sagen, was er wußte? Dann war Steinthal verloren, und in seinem Interesse lag es, diesen Mann zu retten.

Daß das Gericht überzeugende Schuldbeweise besitzen sollte, konnte er nicht glauben, trotziges Leugnen war also geboten.

„Ich weiß nicht, was Sie damit sagen wollen", erwiderte er, das Haupt zurückwerfend, „ich bin mir keiner Handlung bewußt, die ich nicht vor dem Gesetz verantworten könnte."

„Sie wollen also nichts gestehen?"

„Was soll ich gestehen? Ich weiß, es werden sonderbare Gerüchte über Gerhard Steinthal verbreitet; der boshafte Neid gönnt ihm die Erbschaft nicht, und dabei ärgert's die Leute, daß er ihre Neugier nicht befriedigen will. Aber alle diese Gerüchte sind nur Verleumdungen, es ist kein wahres Wort an ihnen."

„Wir haben Beweise", sagte der Assessor, und wieder ruhte sein durchdringender Blick fest auf dem fahlen Gesicht des Zeugen! „Gerüchte allein würden mich nicht zu diesem Verhör veranlaßt haben, das sollten Sie bedenken. In jener Nacht ist ein Herr aus New-York hier spurlos verschwunden, er führte viel Geld bei sich, und wir wissen, daß Steinthal ihn als Dienstmann zur Bahn begleitet hat. Sie haben sich unterwegs zu ihm gesellt, ihr hartnäckiges Leugnen beweist mir, daß Sie an der That betheiligt waren! Wollen Sie auch jetzt noch nicht gestehen?"

„Was Sie da sagen, ist falsch, wenigstens soweit es meine Person betrifft", erwiderte Strick, mit der Hand über seine Stirne fahrend, „ich habe den Herrn, der verschwunden sein soll, nicht gesehen."

„Jedenfalls haben Sie von jener That Kenntniß gehabt!"

„Auch das nicht."

„Die Ausnahme im Hause Steinthals beweist es."

„Sie beweist nur, daß ich mit Steinthal verwandt waren, „Sie sind über Nacht plötzlich ein reicher Mann bin. Daraus, daß ich seine Unterstützung angenommen habe, kann mir doch kein Vorwurf gemacht werden!"

Der Assessor schwieg, er nahm ein Aktenheft vom Tische und blätterte eine Weile darin, dann rückte er mit entschlossener Miene die Brille dicht vor die Augen.

„Es wäre unnütz, wollte ich jetzt noch weitere Fragen an Sie richten", sagte er, „Sie werden in einem späteren Verhör wohl andere Saiten aufziehen und dann zu spät bereuen, daß Sie nicht in der ersten Stunde der Wahrheit die Ehre gegeben haben. Da ich Sie jetzt als Angeklagten betrachten muß, kann ich Sie nicht vereidigen, denken Sie in der Untersuchungshaft über Ihre späteren Aussagen ernstlich nach."

Er winkte dem Gerichtsdiener; Kaspar Strick wollte gegen seine Verhaftung protestiren, aber er kam nicht zu Wort, in der nächsten Minute hatte er schon das Bureau verlassen.

„Daß er sich an der That selbst betheiligt hat, glaube ich nicht", sagte der Inspektor, der dem Verhör schweigend beigewohnt hatte, „wohl aber bin ich überzeugt, daß er sie kannte."

„Und der Hehler wird so gut bestraft, wie der Stehler", erwiderte der Assessor mit gedankenvoller Miene. „Wenn der Andere ebenso trotzig und hartnäckig leugnet, so —"

„Den Beweisen gegenüber, die Sie besitzen wird er es schwerlich können!"

„Wir werden sehen", sagte der Untersuchungsrichter, indem er an der Glockenschnur zog, „ich hoffe, daß die Haussuchung noch weitere Beweise zu Tage fördern wird.

Gerhard Steinthal trat ein, er schien seine Wuth bezwungen und seine Fassung wiedergefunden zu haben.

„Sie wollen eine Erbschaft gemacht haben", sagte der Assessor, nachdem die üblichen Vorfragen erledigt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818860211 1-15/fragment/page=0001

Alles so weit vorbereitet sei, um die Unfallversicherung am 1. Oktober 1885 in Kraft treten zu lassen.

Nicht weniger als 53 Generalversammlungen wurden in der Zeit vom 7. Januar bis 11. April 1885 in den Hauptindustriezentren Deutschlands abgehalten, an welchen Vertreter des Reichsversicherungsamtes theilnahmen. In diesen Versammlungen waren 12578 Betriebsunternehmer persönlich und 32881 Unternehmer durch Vollmacht vertreten. Zur Zeit bestehen 51 genehmigte und 6 errichtete Berufsgenossenschaften. Diese 57 Berufsgenossenschaften vertheilen sich folgendermaßen: Es bestehen 24 Reichsberufsgenossenschaften mit 86879 Betrieben und 1392138 Arbeitern, 22 andere Berufsgenossenschaften, welche sich über die Grenzen eines Bundesstaates hinaus erstrecken mit 67456 Betrieben und 981085 Arbeitern, zusammen also 46 größere Berufsgenossenschaften mit 154335 Betrieben und 2373223 Arbeitern. Ferner bestehen 5 Berufsgenossenschaften, welche innerhalb des preußischen Staatsgebietes bleiben, mit 14033 Betrieben und 229864 Arbeitern, 2 Berufsgenossenschaften desgleichen in Bayern mit 10985 Betrieben und 47782 Arbeitern, 2 Berufsgenossenschaften desgleichen in Sachsen mit 3056 Betrieben und 123438 Arbeitern, 1 Berufsgenossenschaft desgleichen in Württemberg mit 4311 Betrieben und 13167 Arbeitern und 1 Berufsgenossenschaft desgleichen in Elsaß Lothringen mit 247 Betrieben und 56745 Arbeitern; zusammen also 11 Landesberufsgenossenschaften mit 32632 Betrieben und 470996 Arbeitern. Insgesammt bestehen mithin 57 Berufsgenossenschaften mit 186967 Betrieben und 2844219 Arbeitern.

Der Bericht betont, daß die Industrie die Neuordnung der Dinge, welche ihr eine berufsgenossenschaftliche Organisation und die Befreiung von der Haftpflichtgesetzes bracht, beifällig aufgenommen habe. Fast sämmtliche Industriezweige stellten rechtzeitig Anträge auf Berufung von Generalversammlungen zum Zweck der freiwilligen Bildung von Berufsgenossenschaften, und zwar 90 Prozent aller versicherungspflichtigen Betriebe. In allen Generalversammlungen wurden auf Anregung des Reichs-Versicherungsamtes die Statutenfrage sofort erörtert und so ein bedeutungsvolles Material für Aufstellung des Normalstatuts gewonnen. Rasch konnten die Statutenentwürfe in Folge der Vorexpeditionen erledigt werden. Am 10. Juli wurde bereits das letzte Statut genehmigt. Proteste oder Beschwerden in Betreff der Gültigkeit der in den General- und Genossenschaftsversammlungen gefaßten Beschlüsse sind nicht erhoben worden. Vor Ende September 1885 war die innere Organisation bei allen Berufsgenossenschaften durchgeführt. Dieselbe umfaßt 57 Genossenschaftsvorstände mit 696 Mitgliedern, 313 Sektionsvorstände mit 1818 Mitgliedern und 5269 Vertrauensmänner.

Auf die Wiederverwendung der infolge der neueren Gesetzgebung stellenlos gewordenen Privat-Unfallversicherungsbeamten wurde besonders Bedacht genommen. Soweit bekannt, sind 79 von diesen Beamten bei den Berufsgenossenschaften als Geschäftsführer ꝛc. angestellt worden. Zur Zeit sind noch 8 ehemalige Privat-Unfallversicherungsbeamte im Reichsversicherungsamte beschäftigt, nachdem mehrere andere aus dem Bureau des Reichsversicherungsamtes heraus bei den Berufsgenossenschaften eine Anstellung gefunden haben.

Bei dem Antrag auf **Erneuerung des Sozialistengesetzes** hat der Vorschlag einer fünfjährigen Gültigkeit wegen seiner langen Dauer allgemein überrascht. Man wird annehmen dürfen, daß die Regierung die Verlängerung auf fünf Jahre nicht als unerläßliche Bedingung betrachtet, sondern die Fristbestimmung von vornherein als einen Gegenstand weiterer Vergleichsverhandlungen ansieht. Es ist von Interesse, sich die Gültigkeitsdauer nach den verschiedenen Gesetzentwürfen zu vergegenwärtigen. Der erste, im Mai 1878 vorgelegte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf schlug drei Jahre vor. Der zweite, im September 1878 vorgelegte Entwurf enthielt eine Zeitbeschränkung überhaupt nicht, der Reichstag setzte aber eine Gültigkeitsdauer von 2½ Jahren (bis 31. März 1881) fest. Im Februar 1880 wurde alsdann eine neue Vorlage eingebracht, welche die Gültigkeit des Gesetzes auf fünf Jahre (bis 31. März 1886) ausdehnen wollte. Der Reichstag setzte aber 3½ Jahre fest (bis 30. Septbr. 1884), indem er von der Ansicht ausging, daß einer ganzen Legislaturperiode die Entscheidung über ein so wichtiges, auf Zeit erlassenes Gesetz billiger Weise nicht entzogen werden dürfe. Der im März 1884 vorgelegte Gesetzentwurf schlug von Anfang an eine Gültigkeitsdauer von nur zwei Jahren vor (bis 30. September 1886) und der Reichstag beschloß demgemäß. Die lange Frist von fünf Jahren wird voraussichtlich auch jetzt in erster Linie angefochten werden.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. v. M. erklärte der Kriegsminister Bronsart von Schellendorff, die Militärverwaltung werde in Zukunft das Prinzip, polnische Soldaten in rein deutsche Regimenter einzustellen, noch schärfer als bisher zur Geltung bringen. Dieses Prinzip kam zuerst kurz nach dem deutsch-französischen Kriege in größerem Umfange zur Anwendung, indem die polnischen Regimenter vorzugsweise mit Deutschen recrutirt, und die Mannschaften der Ersatzbezirke dieser Regimenter auf die Truppen der westlichen Provinzen vertheilt wurden. Es erhielten die vier polnischen Infanterie-Regimenter Nr. 18, 19, 58 und 59 ihren Bedarf überwiegend aus dem Bereiche des IV. (sächsischen) Armeecorps. Insbesondere wurden in die Regimenter Nr. 58 und 59 zahlreiche Recruten aus den Bezirken der Magdeburgischen Landwehr-Regimenter 27, 67, 26 und 66 (Aschersleben, Halle, Bitterfeld, Torgau, Stendal, Burg, Halberstadt, Neuhaldensleben), des Magdeburgischen Reserve-Landwehr-Bataillons 36 und des Anhaltischen Landwehr-Regiments 93 (Dessau, Bernburg) eingestellt, während der den Regimentern Nr. 58 und 59 noch fehlende Bedarf durch solche Mannschaften aus der Provinz Posen gedeckt wurde, die schon einige Kenntniß der deutschen Sprache hatten. Ein gleiches Verfahren hat bezüglich der oberschlesischen Regimenter 22, 23, 62, 63 und der pommerschen Regimenter 14, 54, 21 und 61, deren Ersatzbezirke ebenfalls zum Theil Recruten polnischer Abkunft liefern, stattgefunden. Auf diese Weise wurde einerseits das Gedeihen der soldatischen Ausbildung erheblich erleichtert und andererseits wurden den Polen durch den längeren Aufenthalt in einer rein deutschen Provinz, während ihrer Militärdienstzeit deutsche Sitte und Cultur einigermaßen zugänglich gemacht.

Es ist kein Geheimniß mehr, daß die Lösung der Frage betreffend die **Communalsteuerfreiheit der Officiere** besondere Schwierigkeiten gehabt hat wegen des Einflusses hoher militairischer Kreise, die sich einem Aufgeben des bisher eingenommenen Standpunktes, sei es auch, um die Erledigung des Militairpensionsgesetzes herbeizuführen, widersetzt haben. Man weiß auch, wie ungern sich der Kaiser dazu entschließt, Aenderungen in dem bewährten Militairwesen zuzustimmen. Andererseits dürfte die Regierung nach wie vor an der Ueberzeugung festhalten, daß die „Verkoppelung" des Militairpensionsgesetzes mit der Frage der Communalsteuerfreiheit nach dem Verlangen der Reichstagsmehrheit unberechtigt ist, um so mehr, als die letztere Frage in erster Reihe den Preußischen Landtag angeht. Die ganze Angelegenheit scheint jetzt auf dem Punkte angekommen zu sein, wo sie aus der Sackgasse herausgebracht werden kann. Jedenfalls wird sich der Preußische Landtag mit der Communalsteuerfreiheit der Officiere zu beschäftigen haben und hierdurch freie Bahn für das Gelingen der Reichspensionsgesetze gemacht werden.

Die clericalen Blätter melden jetzt übereinstimmend, daß der Probst Dinder Königsberg nicht verlassen und seine Zustimmung zu seiner Ernennung zum Erzbischof von Posen noch nicht gegeben habe. Natürlich bedeutet das Letztere nur, daß die Verhandlungen, welche im Zusammenhang mit dieser beabsichtigten Ernennung über gesetzgeberische Aenderungen stattfinden, noch nicht abgeschlossen sind. — In die Stimmungen, mit denen man im clericalen Lager jetzt diesen Verhandlungen folgt, lassen folgende Sätze des „Westfäl. Merkur" einen Einblick thun:

„Sollte wirklich der Culturkampf durch neue Kirchenvorlagen im Wesentlichen beendigt werden — bis heute glauben wir allerdings nicht daran — dann wird die allgemeine politische Richtung des katholischen Volkes in Zukunft unfehlbar nach der Seite hin gravitiren, welche sich am eifrigsten zeigt, uns zu helfen. Es kommt hierbei weniger auf die heutige Haltung der katholischen Blätter und selbst auf die Anschauungen unserer Parteiführer an, denn weder die Zeitungen noch die Parteiführer können sich dem Drucke der öffentlichen Meinung entziehen. Wer im Volke steht, darf nicht bezweifeln, daß die Katholiken mehr den Liberalen zuneigen werden, als den Conservativen, wenn sie bei den Ersteren mehr Interesse für die Wiederherstellung unserer Religionsfreiheit wahrnehmen glauben — und vice versa. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß wir die Fahne des Centrums verlassen und schlechtweg liberal und conservativ werden könnten, — nein, aber das Centrum selbst wird durch die Volksmenge je nach der Entwicklung der Dinge mehr auf die linke oder rechte Seite gedrängt werden."

Diese Eröffnung einer Art kirchenpolitischer Submission, meint die „Nat.-Ztg.", ist ziemlich naiv. Bemerkenswerth ist aber das darin liegende Zugeständniß, daß das Centrum nach der Beendigung des kirchenpolitischen Streites keine selbstständige politische Bedeutung mehr haben würde. Wir glauben allerdings, daß es weder liberal, noch conservativ werden, sondern sich auflösen würde, wenn auch nicht sofort.

Der Frankfurter Wahlverein hat in seiner Versammlung vom 6. Februar nach einem Vortrag des Herrn Directors Maurer aus Landau bei Anwesenheit und mit Zustimmung einer großen Zahl ihm nicht angehöriger national gesinnter Einwohner von Frankfurt a. M. folgende **Erklärung beschlossen:**

1) Wir sind in voller Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 30. Januar 1886 und begrüßen aufs Freudigste den bei der Verhandlung über denselben zu Tage getretenen festen Willen der preußischen Staatsleitung, mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln nicht allein der ferneren Zurückdrängung des deutschen Elementes in den Ostprovinzen Schranken zu setzen, sondern auch die Ausbreitung des Deutschthums in denselben zu befördern. 2) Wir hoffen, daß auch die dem Reiche nicht angehörigen Deutschen in den bei jenen Verhandlungen zum Ausdruck gebrachten Nationalgefühl erneuten Sporn und Antrieb finden werden, ihr Volksthum gegenüber den andrängenden Entdeutschungsversuchen mit aller Macht aufrecht zu erhalten, und erklären es für eine Pflicht des deutschen Volkes, die dahin gerichteten Bestrebungen unserer Stammesgenossen bei jeder Gelegenheit nach Kräften zu unterstützen.

Dem „Kuryer Poznanski" zufolge hat das Metropolitan-Kapitel von Posen gestern ein vom 2. Febr. datirtes Schreiben des Papstes erhalten, in welchem Leo XIII. amtlich konstatirt, der Kardinal Ledochowski habe resignirt; er (der Papst) sei durch die Lage der Dinge genöthigt gewesen, selbst zur Nomination seines Nachfolgers zu schreiten und habe den Propst Dinder dazu ausersehen. Er hoffe, das Kapitel werde dem künftigen Erzbischof mit Rath und That beistehen.

Der Entwurf des Gesetzes, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, welcher am Dienstag seitens der Staatsregierung im Abgeordnetenhause eingebracht wurde, lautet:

„Wir Wilhelm verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1.

Der Staatsregierung wird ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um zur Stärkung des deutschen Elementes in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisirende Bestrebungen durch Ansiedelung deutscher Bauern und Arbeiter

1. Grundstücke käuflich zu erwerben.
2. soweit erforderlich, diejenigen Kosten zu bestreiten, welche entstehen
   a) aus der erstmaligen Einrichtung,
   b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse

neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfange oder ganzer Landgemeinden, mögen sie auf besonders dazu angekauften (Z 1) oder auf sonstigen, dem Staate gehörigen Grundstücken errichtet werden.

§ 2.

Bei Ueberlassung der einzelnen Stellen (§ 1) ist eine angemessene Schadloshaltung des Staats vorzusehen.

Die Ueberlassung kann in Zeitpacht oder zu Eigenthum erfolgen.

§ 3.

Die Beträge, welche der Staat als Schadloshaltung (§ 2) erhält, fließen zu dem im § 1 bezeichneten Fonds.

§ 4.

Zur Bereitstellung der Summe für die im § 1 gedachten Verwendungszwecke sind Schuldverschreibungen auszugeben.

Wann, durch welche Stelle und zu welchen Beträgen zu welchem Zinsfuß, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen herausgabt werden sollen, bestimmt der Finanzminister.

Im Uebrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. December 1869 (Gesetzsamml. S. 1197) zur Anwendung.

§ 5.

Die aus Anlaß der §§ 1 und 2 dieses Gesetzes stattfindenden Akte der nicht streitigen Gerichtsbarkeit, einschließlich der grundbuchrichterlichen Thätigkeit, sind stempel- und kostenfrei.

§ 6

Dem Landtage ist jährlich über die Ausführung der §§ 1 bis 4 dieses Gesetzes Rechenschaft zu geben.

§ 7.

Die Ausführung dieses Gesetzes wird, soweit solche nach den Bestimmungen des § 4 nicht durch den Finanzminister erfolgt, einer besonderen Kommission übertragen, welche dem Staatsministerium unterstellt ist.

Die näheren Bestimmungen über die zusammensetzung dieser Kommission, welcher je 2 Mitglieder der beiden Häuser des Landtags angehören sollen, sowie über den Sitz, den Geschäftskreis und die Befugnisse der Kommission erfolgen im Wege Königlicher Verordnung.

Im Landtage des Herzogthums Braunschweig wurde am Dienstag bei der Berathung der Vorlage in Betreff des neuen **Huldigungseides** seitens der staatsrathlichen Commission eine Erklärung abgegeben, welche dahin geht, daß selbstverständlich der neue Eid zur Bestärkung neuer, auf verfassungsmäßigem Wege begründeter Verpflichtungen diene. Für die Frage, wie sich der neue Eid zu dem früheren Huldigungseide verhalte, sei die Thatsache entscheidend, daß materielle Bestimmungen der Verfassung und daraus sich ergebende Rechtsverhältnisse durch den Inhalt des neuen Eides nicht berührt würden. Der Ausdruck eines besonderen Vorbehalts sei nach Ansicht der Commission nicht erforderlich. Andererseits sei es mißlich, solchen Vorbehalt in Bezug auf Verpflichtungen aus dem früheren Eide durch einen förmlichen Staatsakt zu sanktioniren. Auf eine Anfrage des Abg. Sallentien erklärte Staatsminister Graf Görtz-Wrisberg, daß er nicht im Entferntesten daran denke, Widerspruch zu erheben gegen die Erklärung der Commission, schon aus dem einfachen Grunde, weil er, der Minister, überzeugt sei, daß jeder einzelne Abgeordnete und Landeseinwohner es mit dem eigenen Gewissen abzumachen habe, inwieweit er unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die man heute noch nicht übersehen könne, sich gebunden erachte durch den früher geleisteten Eid. Hierdurch erklärte sich Abg. Sallentin befriedigt. Die Gesetzesvorlage wurde darauf einstimmig angenommen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Das Unwohlsein des Kronprinzen Rudolph ist ein ganz leichtes, durch Erkältung hervorgerufenes und war das Befinden am Dienstag ein durchaus befriedigendes. Bulletins werden überhaupt nicht ausgegeben.

In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses beantragten die Abgeordneten Scharschmid und Genossen einen Gesetzentwurf, wodurch der Besitzstand der deutschen Sprache umfassend festgestellt, die deutsche Staatssprache mit entsprechenden Ausnahmen für Galizien und die italienischen Landestheile normirt und der Begriff der landesüblichen Sprache nach dem Grundsatze der Bezirksüblichkeit erläutert wird. Heilsberg und Genossen bringen eine Interpellation an den Minister-Präsidenten darüber ein, ob gelegentlich der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn auch die Frage der Einführung des Branntweinmonopols zur Erörterung gelangen werde.

Die Abgeordneten Kreuzig und Genossen brachten einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung eines Holzzolles zur Paralysirung der deutschen Holzzölle und zum Schutze der Holzindustrie besonders in den Grenzgegenden ein. Sigl brachte die Interpellation an den Handelsminister ein, ob derselbe geneigt sei, bei der deutschen Regierung die Herabsetzung der Tarife für Holz- und Steinwaaren zu erzielen und ob in dieser Beziehung bei den Verhandlungen mit Ungarn das Erforderliche veranlaßt sei; ferner, ob die Regierung bereit sei, zur Vervollständigung des schlesischen Lokalbahnnetzes die Eisenbahn Hannsdorf-Ziegenhals auszubauen.

Frankreich. Die neuesten Vorgänge in der Französischen Armee haben in der Bevölkerung selbst, und zwar auch im Kreise der gemäßigten republicanischen Partei, einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Der Wiener „Presse" wird aus Paris hierüber geschrieben:

„Man wird dem Kriegsminister gewiß die Berechtigung nicht absprechen, daß er Veränderungen in der Garnisons-Gruppirung der Truppenkörper nach seinem Ermessen oder Belieben decretire, aber man muß es bedauerlich finden, daß solche Acte unter dem Drucke einer Pression der Radicalen stattfinden. Die Regierung scheint aber nicht die Macht oder den Willen zu besitzen, sich diesen Pressionen zu entziehen. Sie geht Schritt für Schritt weiter und vollendet nun bezüglich der Armee, was mit der Geistlichkeit und den Verwaltungsbehörden begonnen wurde, ohne daß man dabei berücksichtigt, wie wenig Sympathien auf diesem Wege für die Republik erworben werden. Heute spricht man sogar von einer Disciplinar-Untersuchung, die gegen General Schmitz eingeleitet werden soll; jedenfalls hat schon die scharfe Sprache, welche der Kriegsminister in der Kammer führte, gezeigt, daß er den radicalen Wünschen keinen Widerstand entgegensetzen wird, und daß sonach eine Fortsetzung von Maßnahmen zu befürchten ist, die höchst beklagenswerthe Spaltungen in der Armee hervorrufen können."

In **Belgien** wirkt der katholische Klerus, Hand in Hand mit der Regierung, ausnahmsweise für das deutsche Volkselement, um zur besseren Befestigung ihrer Macht, der „vaterländischen" Sprache, der Vlämischen, zu ihrem vollen Rechte zu verhelfen. Finden sie doch beide in den streng klerikal gesinnten vlämischen Provinzen ihre Hauptstütze. So ist jetzt in der Kammer ein Gesetz eingebracht und schon von der Commission angenommen, das das Vlämische als ausschließliche Gerichtssprache für die vlämischen Provinzen einführt. Der Erzbischof von Mecheln hat dem Antwerpener Nieder-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818860211 1-15/fragment/page=0002

deutschen Bunde eine von allen Bischöfen vollzogene Erklärung zugesandt, in der der Klerus die Heranbildung flämisch sprechender Priester und die ausgedehnteste Anwendung des Flämischen in allen katholischen Schulen zusichert. Der Sprachenstreit wird dadurch auf's Neue heftig entbrennen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, den 9. Februar.

— Se. Majestät der **Kaiser** erledigte am Dienstag Vormittag einige Regierungsangelegenheiten, nahm dann den Vortrag des Polizeipräsidenten Frhrn. v. Richthofen entgegen und arbeitete Mittags mit dem Chef des Militärkabinets v. Albedyll. Zum Diner waren keine Einladungen ergangen. Am Montag Nachmittag hatte der Kaiser dem Fürsten von Bismarck eine Audienz ertheilt und Abends der Vorstellung im Opernhause beigewohnt, nach deren Schluß im Palais bei den Kaiserlichen Majestäten eine kleinere Theegesellschaft stattfand.

— Se. kaiserliche und königliche Hoheit der **Kronprinz** begiebt sich, wie wir erfahren, am Mittwoch Mittag von Berlin nach Dessau, um daselbst am Nachmittage den Heilsesungsfeierlichkeiten beizuwohnen.

— Zum **Statthalter-Jubiläum des Kronprinzen** hatte auch die Greifswalder Hochschule ihre Huldigung auf telegraphischem Wege dargebracht. Darauf ist nach dem „Greifsw. Tahl." an den Rektor der Hochschule, Professor Schirmer, folgende telegraphische Antwort des Kronprinzen ergangen:

„Die freundlichen Worte, mit denen Sie Namens des akademischen Konsils des heutigen Jubiläumstages gedenken, haben mich aufrichtig erfreut. Ich erwidere dieselben mit meinem herzlichen Danke wie den besten Wünschen für das fernere Gedeihen der pommerschen Hochschule, der mein warmes Interesse für alle Zeiten gesichert ist. Friedrich Wilhelm, Kronprinz, Statthalter von Pommern."

— In dem **Befinden des Prinzen Friedrich Leopold** ist, wie man der „Köln. Z." aus Bonn schreibt, seit dem 7. d. eine wesentliche Besserung eingetreten, so daß derselbe jetzt fieberfrei ist. Die behandelnden Aerzte sind Professor Finkler und Dr. Kuhlmann aus Bonn. Zur Consultation war am 6. d. Geheimrath Gerhardt aus Berlin eingetroffen, der aber mit Rücksicht auf das Befinden des Prinzen Bonn wieder verlassen hat.

— Prinz **Georg von Preußen**, welcher auf seiner jüngsten Sommerreise auch das herrliche Achensee in Tyrol besucht, hat, nachdem er erfahren, daß die berühmten Rainerschen Sänger wieder in Berlin sind, den alten Vater Rainer zu sich ins Palais befohlen und auf das Huldvollste willkommen geheißen. Der biedere Alpensänger, welcher schon vor so manchem gekrönten Haupte seine Jodler erschallen ließ, erbat sich von der gnädigen Vermittelung Sr. Königl. Hoheit, mit seinen Getreuen auch vor dem deutschen Kaiser singen zu dürfen und sieht nun der Erfüllung seines Herzenswunsches entgegen. Der leutselige Prinz unterhielt sich über eine Stunde lang mit dem einfachen Alpensohn und entließ ihn mit den Worten: „Auch ich sehne mich ordentlich, Sie wieder zu hören."

— S. M. **Panzerschiff „Friedrich Karl"**, Kommandant Kapitän zur See Stempel, ist am 9. Februar c. in Gibraltar eingetroffen.

— Ein **sozialdemokratischer Putsch** in Berlin, der am Sonntag, gelegentlich des Begräbnisses des Steinträgers Dube, welcher bei dem Einsturz des Krahns auf dem Bau der Deutschen Baugesellschaft am Hausvogteiplatz verunglückt war, in Scene gesetzt werden sollte, ist durch die Aufmerksamkeit der Polizei noch rechtzeitig verhindert worden. Das Begräbniß fand auf dem Kirchhof der Georgen-Gemeinde bei Weißensee statt. Etwa 200 Parteigenossen, theilweise mit rothen Sackleifen, hatten sich dem Gefolge angeschlossen. Ein Polizei Lieutenant, zwei berittene und eine Anzahl Schutzleute zu Fuß escortirten den Leichenconduct bis zur Weichbildsgrenze, wo derselbe von einem Gendarmerie Oberwachtmeister und acht Gendarmen erwartet wurde, die bis auf den Kirchhof das Geleit gaben und sich erst entfernten, nachdem das ganze Leichengefolge denselben verlassen und sich zerstreut hatte. Ausschreitungen wurden sonach verhindert.

— Der **Raubmörder Alois Maier** (von Karres) wurde in Augsburg vorgestern 7¼ Uhr früh mittels der Guillotine durch den Münchener Scharfrichter hingerichtet. Der Delinquent starb gebrochen und reuig.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Hallischen Zeitung.)

42. Plenarsitzung vom 9. Februar.

Die Plätze des Hauses, wie auch die Tribünen sind mäßig besetzt.

Am Bundesrathstische: Staatssecretär des Innern Staatsminister v. Bötticher, Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, Chef der Admiralität v. Caprivi und Staatssecretair im Reichsschatzamte v. Burchard nebst Commissarien.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung nach 1¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus setzt die Berathung der Etats fort.

Bei der Berathung über den Specialetat des Reichsamtes des Innern weist Abg. Dr. Lingens (Centr.) nochmals auf die im Gebiete des Auswanderungswesens bemerkbaren Uebelstände hin, die bereits bei der zweiten Lesung des Etats eingehend erörtert worden.

Zu diesem Etat liegt ferner ein Antrag der deutschfreisinnigen Abgg. Dr. Baumbach und Schrader vor, welcher dahin geht, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage eine Denkschrift über die Durchführung und Wirksamkeit des Gesetzes über die Krankenversicherung vorzulegen.

Nachdem sich Staatssecretär v. Bötticher mit der Resolution einverstanden erklärt, wird dieselbe angenommen.

Auf den von dem Abg. Dr. Möller (deutschfreis.) geäußerten Wunsch, daß für das Reichsgesundheitsamt tüchtige Männer als außerordentliche Mitglieder gewonnen werden möchten, erwidert Director im Reichsgesundheitsamt, Köhler, daß nach diesem Wunsche bereits verfahren werde, während bezüglich eines anderen Wunsches desselben Redners Staatssecretär v. Bötticher erklärt, die Positionen für die Hilfsarbeiter würden im künftigen Etat gesondert erscheinen.

In der weiteren Verhandlung unterzieht Abg. Dr. Lingens (Centr.) die Thätigkeit des Reichsgesundheitsamtes einer abfälligen Kritik und bezeichnet event. die Forderung größerer Mittel für dieses Amt als nothwendig, welcher Ansicht Dr. Möller (deutschfreis.) entgegentritt.

Bei dem Etat des Reichsversicherungsamtes führt Abg. Kröber (deutsche Volkspartei) Beschwerde über einige Entscheidungen jenes Amtes, worauf Staatssecretär v. Bötticher erklärt, er sei, da der Vorredner ihn nicht zuvor benachrichtigt habe, über die bezüglichen Fälle nicht genügend informirt. Auf Anregung des Abg. Dr. Baumbach (deutschfreis.) sagt der Staatssecretär die Erstattung eines Berichtes über die Thätigkeit des Reichsversicherungsamtes für den Reichstag zu.

Eine Aeußerung des Abg. Schrader (deutschfreis.) giebt dem Bundes Commissar Geh.-Ober-Postrath Dr. Fischer Veranlassung zu erklären, daß kein Grund vorgelegen, den Berufsgenossenschaften die jetzt gewährte Portovergünstigung zu verweigern.

Der Etat des Reichsamtes des Innern wird bewilligt.

Bei dem nunmehr folgenden Etat der Verwaltung des Reichsheeres beantragt Abg. Krug v. Nidda (deutsch-cons.), die in der zweiten Lesung gestrichenen 30 950 ℳ zur Erhöhung der Zahlmeistergehälter wieder in den Etat einzustellen.

Nach wenigen begründenden Worten des Antragstellers erklären sich die Abgg. Frhr. v. Huene (Centr.), Dr. Hänel (deutschfreis.) und Kalbe (nat.-lib.) namens ihrer Parteien für den Antrag, worauf derselbe mit großer Majorität genehmigt wird.

Bei der Position „Brot- und Fourageverpflegung" erklärt Abg. v. Saldern-Ahlimb (deutschkons.), daß er und seine politischen Freunde einen Antrag auf Bewilligung der von der Militärverwaltung geforderten Rationenerhöhung in Rücksicht auf die Aussichtslosigkeit desselben nicht stellen wollten, daß sie jedoch die nur für 3 Monate acceptirte Bewilligung der größeren Rationen außerordentlich beklagen müßten. (Zustimmung rechts.) Redner giebt sodann an der Hand seiner langjährigen praktischen Erfahrung ein anschauliches Bild von den, im höchsten Maße gesteigerten Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit der Kavallerie, welche auf die in immer größerem Umfange ausgestattete neuere Kriegsführung zurückzuführen. Wenn nun namentlich die preußische Kavallerie ein ganz vorzügliches Pferdematerial besitze, so sei es um so mehr zu bedauern, daß dieses gute Material infolge nicht ausreichender Ernährung vor der Zeit verbraucht werde. Die größeren Rationen seien nur drei Monate bewilligt worden, also nicht einmal für die volle Zeit des Frühjahrs-Exercitiums und der Herbst-Manöver, welche 4½ Monat betrage und welche ganz außerordentliche Anstrengungen mit sich bringe. Im Interesse der Erhaltung einer schlagfertigen Armee sei die Gewährung größerer Rationen in dem vollen Umfange, welchen die Militärverwaltung beantragt, dringend wünschenswerth und zwar nicht allein für die Mannschafts-, sondern auch für die Offiziers-pferde; Redner bittet schließlich den Herrn Kriegsminister, die gestrichene Position wieder in den nächsten Etat einzustellen. Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Frhr. v. Wöllwarth (deutsche Reichspartei) ist zwar der Meinung, daß die gegenwärtig gewährten Rationen für die Zeit des Garnisondienstes ausreichen dürften, wendet sich aber gegen das fortgesetzte Bestreben der Opposition, gerade im Militär-Etat mehr oder weniger Abstriche zu machen.

Nachdem Abg. Dr. Windthorst (Centr.) die vorgenommenen Abstriche zu rechtfertigen versucht, erklärt Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, daß er sich mit seinen Etatsforderungen stets im Rahmen des wirklichen Bedürfnisses bewege und nicht ohne Noth über denselben hinausgehe. Den Abg. v. Saldern, dessen Ausführungen wegen der langjährigen praktischen Erfahrungen des Herrn Redners als kavallerieoffizier eine Bedeutung beiwohne, danke er für seine sachgemäßen Ausführungen und er (der Minister) werde sich in der That veranlaßt sehen, die abgelehnten Positionen im nächsten Jahre wiederum in den Etat einzustellen. (Beifall rechts.)

Nach einer weiteren kurzen Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Dr. Windthorst (Centr.) und v. Kardorff (Deutsche Reichspartei), welcher erklärte, die an den Rationen vorgenommenen Abstriche repräsentirten in Wirklichkeit in Rücksicht auf den durch ungenügendes Futter herabgeminderten Werth des Pferdematerials gar keine Ersparnisse, wird die Diskussion geschlossen und der Rest des Etats nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt; ohne Debatte erledigt das Haus sodann die Etats der Marine und des Justizamtes.

Zum Etat des Reichsschatzamtes liegt eine Resolution der Abgg. v. Kardorff (Deutsche Reichspartei), Frhr. v. Huene, v. Schalscha (beide letztere Mitglieder des Centrums) und Frhr. v. Manteuffel (deutschkons.) vor, welche die verbündeten Regierungen zu einer erneuten sorgfältigen Prüfung der Währungsfrage veranlassen will.

Nachdem der Abg. Frhr. v. Huene (Centr.) die Resolution kurz befürwortet, welche lediglich eine Erwägung der angeregten Frage bezwecke, tritt

Abg. Leuschner (Deutsche Reichspartei) der ganz hinfälligen Behauptung entgegen, die Bimetallisten verträten die Interessen der Börse und die der Silberproduzenten; diesen Vorwurf müsse er mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Redner weist sodann auf den Umstand hin, daß der Mangel an Gold, welches mit rapider Schnelligkeit nach Amerika strome, deren äußerst empfindlich sei und führt des Weiteren in eingehender Weise aus, daß sich die Länder der Silberwährung in der günstigsten wirthschaftlichen Lage befänden, während unsere wirthschaftlichen Zustände außerordentlich unbefriedigend seien. Er bittet schließlich dringend um Annahme der Resolution welche ja durchaus keinen verbindlichen Charakter habe. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Burchard erklärt, daß eine Erwägung der Währungsfrage überhaupt niemals von der Tagesordnung verschwunden sei, daß jedoch bisher seitens keiner einzigen der verbundeten Regierungen eine Anregung in der Richtung der vorliegenden Resolution gegeben worden sei.

Abg. Bernbach (nationalliib.) wünscht, daß der durch die Agitation der Bimetallisten lebhaft beunruhigte Handelsstand endlich wieder einmal zur Ruhe kommen möge. Redner bekämpft sodann die technischen Ausführungen des Abg. Leuschner und schließt mit der Erklärung, daß er und seine Partei gegen die Resolution stimmen würden. (Beifall links.)

Darauf wird die Discussion geschlossen und die Weiterberathung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß nach 4¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Hallischen Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

16. Plenarsitzung vom 9. Februar.

Die Tribünen sind ziemlich gut, die Plätze des Hauses mäßig besetzt.

Am Ministertische: Vizepräsident des Staatsministeriums Minister des Innern von Puttkamer nebst Kommissarien.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern bei dem Kapitel „Landgendarmerie" fort; es liegt hier eine Mehrforderung von 331 471 ℳ vor.

Abg. Jäckel (freiconf.) führt aus, daß die Grenzbeamten außerordentlich überbürdet seien, dieselben seien angewiesen, in jedem einzelnen Falle das volle Signalement in die Erlaubnißscheine für den Grenzverkehr einzutragen und bei der Menge solcher Ausfertigungen seien die Landgendarmen nicht ausreichend; außerdem stelle auch die Handhabung der Gesundheitspolizei große Anforderungen, namentlich gegenüber der im Osten so großen Ansteckungsgefahr, welche die Pockenkrankheit und die Rinderpest mit sich bringen. Redner bittet daher, der Vermehrung der Gendarmen zustimmen zu wollen. Sodann befürwortet er eine Petition von Landwirthen, in welcher die Regierung gebeten wird, die Ausweisung von polnischen Arbeitern nicht allzuhart zu behandeln. Schließlich bekämpft er die Behauptung des Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) und Dr. Windthorst (Centr.), die Ausweisungsmaßregeln seien vorzugsweise gegen die Katholiken gerichtet, als völlig unzutreffend und erklärt, die Ausweisungen seien in der That in der milden Form durchgeführt worden, wie sie der Minister des Innern vorgeschrieben habe. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Centr.) will dem Vorredner endgiltig bei Einbringung der Regierungsvorlagen antworten. Um mit konkreten Thatsachen rechnen zu können, bittet er endlich um statistisches, amtliches Material. Redner wird gegen die Position stimmen, sobald nicht durch statistisches Material die Nothwendigkeit einer erhöhten Gendarmerie behufs Verhinderung fremden Zuzuges erwiesen ist.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (deutschkons.) erklärt, wenn der Abg. Windthorst nicht zugebe, die Gendarmerie müsse so stark sein, daß sie den Zuzug an der Grenze genügend kontrolliren könne, so habe er keinen Grund, die Vermehrung der Gendarmerie zu beanstanden und erst statistische Erhebungen zu verlangen, denn daß der Zuzug gestiegen sei, das unterliege doch keinem Zweifel mehr. (Zustimmung rechts.)

Abg. Kantak (Pole) bekämpft die Ausführungen des Reichskanzlers in der Abgeordnetenhausdebatte über die Ausweisungen und betont den Mangel an Humanität, welcher nach seiner Meinung in den völlig ungerechtfertigten Massenausweisungen zur Erscheinung gekommen.

Abg. Szmula (Centrum) bittet den Herrn Minister um Einschränkung der Ausweisungen, weil sie allzugroße Nachtheile für die Bevölkerung Oberschlesiens mit sich brächten. Von einer Gefahr seitens des Polonismus könne man in Schlesien nicht reden; im Gegentheil, die polnische Bevölkerung sei im Laufe der Jahre sogar geringer geworden. Wohl aber sei für die Montan-Industrie das Schlimmste zu befürchten, da ihr infolge der Ausweisungen die nothwendigen Arbeiter fehlen würden. Der Redner führt des weiteren aus, er könne absolut für Preußen keine von den Polen drohende Gefahr anerkennen und erklärt, wenn der Minister derartig berichtet sei, so seien die betreffenden Berichte falsch gewesen.

Abg. Rickert (deutsch-freis.) erklärte, auch er wünsche gleich dem Abg. Dr. Windthorst amtliches statistisches Material bezüglich der Ausweisungen. Redner geht dann wieder auf die von ihm schon wiederholt berührten Ausweisungsfälle hin und monirt die Art und Weise, in welcher die Reden des Fürsten Bismarck in die Kreisblätter hineingebracht würden.

Staatsminister v. Puttkamer entgegnet, er bestreite dem Abg Rickert gegenüber die Richtigkeit der gegebenen Schilderung in den berührten Fällen. Bezüglich des von Herrn Dr. Windthorst geforderten statistischen Materials bemerke er, daß eine solche Statistik äußerst schwierig zu bewerkstelligen sei und daß er deshalb keine bestimmte Zusicherung machen könne. Die letzten Angriffe des Herrn Rickert weise er zurück mit dem Hinweis auf das, was sich freisinnige Blätter in dieser Hinsicht gestatten.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) bestreitet die Behauptung des Ministers, daß die Beschaffung des statistischen Materials Schwierigkeiten böte.

Nachdem Rickert (deutsch-freis.) sich von neuem in heftigen Angriffen gegen den Minister ergangen, ergreift

Staatsminister v. Puttkamer das Wort, um die Angriffe des Vorredners zu widerlegen und das Betragen desselben ihm gegenüber geradezu unerhört zu nennen. Er wolle nur konstatiren, daß die liberale Presse sich jedes Rechtes beraiben habe, andere kritisiren zu wollen. Die Herren haben selbst daran schuld, wenn es so aus dem Wald herausschalle, wie man hineinschreie. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Eynern (nat.-lib) fordert den Abg. Rickert auf, etwas mehr Anstand in die liberalen Zeitungen hineinzubringen und weist den Vorwurf zurück, als ob die nationalliberale Partei um die Stimmen des Centrums gebettelt habe; er verlange Beweise für eine solche Behauptung. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister v. Puttkamer erklärt, er wisse nichts davon, daß es außer dem „Reichs-Anzeiger" irgend welche offiziösen Blätter gäbe, für deren Aeußerungen die Regierung eine Verantwortlichkeit zu tragen hätte.

Hierauf entspinnt sich ein heftiger Redekampf persönlicher Natur zwischen den Abgg. Dirichlet, Rickert und v. Schorlemer-Alst einerseits und dem Abg. v. Eynern (nat.-lib.) andererseits, wobei letzterer aufs tiefste bedauert, daß der Abg. Rickert ein so heftiger Feind der nationalliberalen Partei geworden sei, nachdem er Jahre hindurch einer ihrer hervorragendsten Führer gewesen sei.

Abg. Dirichlet (deutschfreis.) vertheidigt seinen Freund und Parteigenossen Rickert, der durch seine Thätigkeit im Reichstag fern gehalten werde. Derselbe sei ja allerdings Führer der nationalliber. Partei gewesen, aber das sei vor vier Jahren gewesen, und welche Wandlungen die nationalliberale Partei seitdem durchgemacht habe, sei zur Genüge bekannt.

Abg. Cremer (cons.) erklärt, er habe selten ein derartiges Schauspiel erlebt, daß die verschiedenen Parteien sich so sehr bemüht haben, die Vorkorgane der Gegenpartei herunterzureißen, wie heute. Redner wendet sich dann gegen die freisinnige Partei, deren Obstruktionspolitik er in gebührender Weise kennzeichnet.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.) äußert sich dahin, daß Herr Rickert wohl besser gethan hätte, selbst seine Vertheidigung zu übernehmen, statt nach dem Reichstage zu gehen.

Die Debatte wird geschlossen; es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Die Position wird mit großer Majorität angenommen; ebenso die bisherigen Positionen 2—10 und Kap. 96.

Bei Kap. 96 — Strafanstaltsverwaltung — ergreift das Wort der

Abg. v. Schenckendorff (nat.-lib) und plaidirt für eine Verbesserung der Pensionen der Strafanstaltslehrer; die Abgg. Knörcke (deutschfreis.) und Cremer (deutschcons.) schließen sich den Ausführungen des Vorredners an.

Die Position wird bewilligt ebenso debattelos Kap. 97, 98 und Kap. 83—89, desgleichen Kap. 10.

Debattelos wird sodann der Antrag auf Aufhebung des Amtsgerichts zu Neustadt-Magdeburg angenommen und die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr; Tages-Ordnung: Anträge betreffend den § 27 der Geschäftsordnung — Petitionen.

Schluß 3½ Uhr.

Aus der Provinz Sachen und ihrer Umgebung.

Der Abdruck unserer Original-Korrespondenzen ist nur mit Quellenangabe gestattet.

ω **Magdeburg**, 8. Februar. (Versammlung von Zuckerfabrikanten. Mordversuch.) In der heute Vormittag hierselbst im „Fürstenhof" unter dem Vorsitz des Herrn Amtsraths Dietze-Barby abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung von Zuckerfabrikanten wurde nach lebhafter und sehr eingehender Debatte folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „Die heute zu Magdeburg versammelten Zuckerfabrikanten beschließen: a. in Uebereinstimmung mit den bisher bereits von einzelnen Zweigvereinen gethanen Schritten und gestützt auf eingegangene Zustimmungsschreiben aus entfernten Gegenden, mit allen Mitteln anzustreben, daß der diesjährige Rübenbau den Umfang des 1885er Rübenbaues nicht überschreitet, b. den gegenwärtigen Beschluß mit der Bitte um Unterstützung dem demnächst zusammentretenden Ausschusse des Vereins für die Rübenzucker Industrie des deutschen Reiches mitzutheilen." — Heute Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr ist, wie die „Magdeb. Ztg." meldet, auf das Ebeling'sche Ehepaa, das im Hause Johannisbergstr. 14 wohnte, ein Mordanfall verübt worden, bei welchem die Ehefrau so schwer verletzt worden ist, daß ihre Ueberführung in die städtische Krankenanstalt angeordnet werden mußte, während der Particulier Ebeling selbst leichtere Wunden davongetragen hat. Als Thäter ist der Arbeiter Ebert aus Sudenburg festgenommen worden, welcher früher durch Ebeling beschäftigt worden ist, auch Geld von ihm leihweise erhalten haben soll und von den Verhältnissen der Ueberfallenen Kenntniß hatte.

Marktberichte.

Magdeburg, 9. Februar. Granulated —,— ℳ, Krystallzucker I —,— ℳ. — Krystallzucker I —,— ℳ. — Kornzucker excl 96% 23,50—24,00 ℳ. Kornzucker von 95% —,— ℳ. Kornzucker 88 Rend. 22,40—23 60 ℳ. Nachprodukte 75 Rend. 19 70 0,3 ℳ — Tendenz: Anziehend. — fein Brodraffinade —,— ℳ, fein Brodraffinade —,— ℳ — Gem Raffinade 27,25—28 00 ℳ Gem Melis I 26,50—26,75 ℳ. — Tendenz: Fest.

Kartoffelspiritus für 10,000 l.% loco ohne Faß 36 50—37 00 ℳ

Magdeburg, 9 Februar. Landweizen 152—158 ℳ, Weißweizen — ℳ, glatter engl. Weizen 146—152 ℳ, Rauh-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818860211 1-15/fragment/page=0003

Weizen 132—140 ℳ, **Roggen** 132—137 ℳ, **Chevalierger.** erste 142—160 ℳ, **Landgerste** 130—138 ℳ, **Hafer** 130—145 ℳ im 2000 kg.

Leipziger Produktenpreise vom 9. Februar. Weizen der 1000 Kilogramm netto loco hiesiger 154 bis 169 ℳ bez., fr. 160—190 ℳ bez. u. B. Fest. **Roggen** p. 1000 Kilogramm netto loco hiesiger 138—141 ℳ bez. u. Br., fr. 140 ℳ bez. u. Br. Ruh. **Gerste** per 1000 Kilogramm netto loco hiesige neue 135—155 ℳ bez. u. Br., Futtergerste 100—120 ℳ Br. **Hafer** per 1000 Kilogr. netto loco hiesiger 140—147 ℳ bez. u. B., russischer 136—141 ℳ Br. **Mais** per 1000 Kilogramm netto loco 126—129 ℳ bz., amerikanischer —,— ℳ, türkischer —,— ℳ. **Rapskuchen** per 100 Kilogr. netto loco — ℳ. **Rüböl** per 100 Kilogr. netto loco 43 ℳ bz., gefrorenes 42 ℳ bez. **Etwas** fester. **Spiritus** per 10,000 Liter-Procent ohne Faß loco 57 ℳ bz. **Wenig** verändert.

Berlin, 9 Februar. **Weizen** per 1000 loco unverändert. Termine höher, gekündigt — Ctr., Kündigungspr. — ℳ bez. Loco 138 162 ℳ nach Qualität bez., gelbe Lieferungsqualität 48,5 ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per April-Mai 152—151,5—152 ℳ bez., per Mai-Juni 154,5—154,5 ℳ bez., per Juni-Juli 157—156,5 156,75 ℳ bez., per Juli-August 159—158,50—159 ℳ bez., per August-September — ℳ bez., per September-Oktober 162,5 ℳ bez. — **Roggen** per 1000 Kilogr. loco fester, Termine höher, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez. Loco 124 137 ℳ nach Qualität bez. Lieferungsqualität 133 ℳ bez., russischer — ℳ bez., inländischer 133—133,5 ℳ ab Bahn bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per April-Mai 135 bis 135,5 ℳ bez., per Mai-Juni 135,75—136,25 ℳ bez., per Juni-Juli 137 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez., per September-Oktober — ℳ bez. — **Gerste** per 1000 Kilogr. still, große und kleine 108 175 ℳ nach Qualität bez. — **Hafer** per 1000 Kilogr. loco unverändert, Termine fest, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez. Loco 123—162 ℳ nach Qualität bez. Lieferungsqualität 126 ℳ bez., pommerscher 135 ℳ bez., mit Geruch 123 ℳ ab Bahn bez., preußischer — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per April-Mai 12,5 ℳ bez., per Mai-Juni 128,25 ℳ bez., per Juni-Juli 129,75 ℳ bez. — **Mais** per 1000 Kilogr. loco behauptet, Termine — ℳ, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 116—128 ℳ nach Qualität bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per April-Mai — ℳ bez. — **Erbsen** per 1000 Kilogr. Kochwaare 160—0 ℳ bez., Futterwaare 129 bis 139 ℳ nach Qualität bez. — **Oelsaaten** per 100 Kilogr. gekündigt — Ctr., Winterraps — ℳ bez., Sommerraps — ℳ bez., Winterrüben — ℳ bez., Sommerrüben — ℳ bez. — **Rüböl** per 100 Kilogr. mit Faß, Termine fester, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco mit Faß — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 43,9 ℳ bez., per Mai-Juni 44,3 ℳ bez., per Juni-Juli — ℳ bez., per September-Oktober 45,8 ℳ bez. — **Leinöl** per 100 Kilogr. — ℳ bez., loco — ℳ bez., Lieferung — ℳ bez. — **Spiritus** per 100 Liter à 100% — 10,000% Liter, Termine fester gekündigt 10000 Liter Kündigungspreis 57,8 ℳ bez., Loco mit Faß — ℳ bez., per diesen Monat und per Februar-März 37,8—38 ℳ bez., per April-Mai 38,4—38,6—38,5 ℳ bez., per Mai-Juni 38,8—38,7 bis 38,9 ℳ bez., per Juni-Juli 39,5—39,7—39,6 ℳ bez., per Juli-August 40,4 40,6—40,5 ℳ bez., per August-September 41—40,9 bis 41,2 ℳ bez. — **Spiritus** per 100 Liter à 100% — 10,000%, loco ohne Faß 37,3 ℳ bez.

Weizenmehl Nr. 00 21,75—20,00, Nr. 0 20,00—19,00. — **Roggenmehl** Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. unversteuert incl. Sack, fester, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., per diesen Monat und per Februar-März 18,25 ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 18,30 ℳ bez., per Mai-Juni — ℳ bez., per Juni-Juli 18,50—18,55 ℳ bez.

Liverpool, 9. Februar. **Baumwolle.** (Anfangsbericht). Multimarktlicher Umsatz 7000 Ballen. Stetig. Tagesimport 14,000 Ballen. — (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ruhig, Surats stetig. Mdbdl. amerikanische Lieferungen: Februar-März $4^{7}/_{8}$ Käufer, März-April $4^{57}/_{64}$ Verkäuferpreis, April-Mai $4^{29}/_{32}$ Käufer, Juni-Juli $4^{29}/_{64}$ Verkäuferpreis, August-September $5^{1}/_{16}$ d. Werth.

Börsennachrichten.

Berlin, 9. Februar. Die heutige Fonds- und Aktienbörse eröffnete in mäßig fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Coursen auf spekulativem Gebiet. Die Spekulation zeigte sich Anfangs sehr reservirt und Geschäft und Umsätze bewegten sich in engen Grenzen. In dieser Beziehung waren die unbestimmten Tendenzmeldungen der fremden Börsenplätze von hervorragendem Einfluß. Sehr bald machte sich aber im Anschluß an spätere Wiener Course ziemlich allgemein eine festere Stimmung geltend und bei lebhafterem Verkehr zogen die Course durchschnittlich etwas an. — Der Kapitalsmarkt erwies sich recht fest für inländische solide Anlagen, und fremde, festes Zins tragende Papiere erschienen theilweise abermals etwas besser. — Die Kassawerthe über übrigen Geschäftszweige hatten bei fester Gesammthaltung theilweise belangreichere Umsätze für sich. — Der Privatdiskont wurde mit $1^{3}/_{8}$% notirt. — Auf internationalem Gebiet unterlagen Oesterreichische Kreditaktien bei mäßigen Umsätzen mehrmaligen Schwankungen; — Franzosen waren noch schwächerer Eröffnung befestigt: Lombarden und andere Oesterreichische Bahnen wenig verändert und ruhig; Gotthardbahn fest. Von den inländischen Fonds waren Russische Anleihen und Noten höher und belebt, auch Ungarische Goldrente steigend und lebafter. — Deutsche und Preußische Staatsfonds blieben ruhiger bei fester Haltung, inländische Eisenbahn-Prioritäten ziemlich belebt — Bankaktien waren fest und ruhig, Diskonto-Kommandit-Antheile höher und belebt, auch Deutsche Bank etwas besser. — Industriepapiere fest; einige Brauerei- und Maschinenfabrikaktien lebhafter. — Inländische Eisenbahnaktien fest; Ostpreußische Südbahn schwächer, Marienburg-Mlawka und Mainz-Ludwigshafen höher.

Wasserstand der Saale bei Halle (an der Königl. Schiffschleuse bei Trotha) am 9 Februar Abends 6 cm neuen Unterkauft 2,04, am 10 Februar Morgens am neuen Unterkauft 2,02 Meter.

Wasserstand der Unstrut am Brückenpegel bei Straußfurt am 9. Februar + 1,05 Meter.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg am 9. Februar Pegel 1,38 Meter über 0 Eisgang stark.

Telegraphische Depeschen.

↗ **Dessau**, den 9. Febr. 8 Uhr 45 Min. Abends. (Privattelegr. der Hallischen Zeitung.) Soeben wurde die Hohe Leiche des Erbprinzen vom Bahnhofe aus unter militärischer Ehreneskorte und Glockengeläut nach der Kirche übergeführt. Die Höchsten Herrschaften folgten dem Leichenwagen.

Paris, 9. Februar. Die Deputirtenkammer beschloß, verschiedene Anträge in Erwägung zu ziehen, nämlich den Antrag Ballue auf eine Reform der Steuerveranlagung, ferner den Antrag Thiesse auf Einführung einer Aufenthaltssteuer für Fremde und einen Antrag, wonach ausschließlich französische Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten verwendet werden sollen.

Nach hier eingegangenen Nachrichten aus St. Quentin haben viele Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Der Strike dürfte demnächst beendet sein.

London, 9. Februar. Heute Nachmittag rotteten sich abermals mehrere hundert Personen unter Lärmen und Schreien auf Trafalgar Square zusammen. Die Fensterläden der dort befindlichen Läden waren infolge der Warnung der Polizei geschlossen und wurde der Platz von der Polizei geräumt.

Alle Morgenblätter drücken ihre Entrüstung über die gestrigen Vorgänge im Westende aus und fordern die Ergreifung energischer Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Excesse, sowie die Verhaftung und strenge Bestrafung der Sozialistenführer, welche den Unfug organisirt und geleitet haben.

Deutsche Seewarte.

Uebersicht der Witterung. 9 Februar.

Das barometrische Maximum, dessen Kern über Südosteuropa liegt, erstreckt sich zungenförmig nach der Nordsee hin, so daß ganz Mitteleuropa in das anticyclonale Gebiet aufgenommen ist. Ueber Centraleuropa herrscht bei leichter, meist südöstlicher Luftströmung heiteres, trockenes Frostwetter. — Deutschland, außer im Osten, ziemlich strenge Kälte. In Westdeutschland liegt die Temperatur bis zu 14 Grad unter der normalen.

Die Temperatur in Celsius-Graden war in nachgenannten Städten folgende: Soparanda — 1 Petersburg — 1, Memel — 7, Wisby — 7, Danzig — 7, Münster — 10, Karlsruhe — 7, Chemnitz — 15, Berlin — 7.

Familien-Nachrichten.

Der „Magdeburger Zeitung" entnommen:

Verlobt: Frl. Louise Nordmann mit Hrn. Rich. Finger (Kl.-Wirschleben).

Geboren: Ein Sohn: Hrn. H. Sack (Magdeburg). Hrn. P. Gerhäuser (Magdeburg). Hrn. A. Meiners (Hötensleben).

Gestorben: Frau Julie Lehmann (Magdeburg). Frau Ida Sasse geb. Rolle (Lemsdorf). Frau E. Wollmer geb. Rudolph (Schönebeck). Verw. Frau C. Trappe geb. Bernau (Calbe).

Der „Kreuzzeitung" entnommen:

Gestorben: Rentier Gustav Herm. Erß (Berleberg). K. K. öster. Major a. D. Aug. v. Kuhner (Karlsruhe) Hr. Carl Ferd. Huberland (Finkenwalde) Freifrau Ida v. Carnap-Bornheim geb. Gräfin v. d. Recke-Volmerstein (Eisenach). Verw. Frau Kammerpräsidentin Mathilde v. Uslar geb. Freiin v. Hartitzsch (Braunschweig). Frau Bertha von Jastrzemski geb. Gottsche (Gotha). Frl. Emilie Rocholl (Magdeburg)

Für den nichtpolitischen Theil verantwortlich:
Dr. Ewald Schulze in Halle.

Hallischer Tages-Kalender.

Donnerstag den 11. Februar:

Börsenversammlung: Vm. 8 im Börsengebäude gr. Berlin 12 (mit Course-Notiz). — **Mehlbörsen-Versammlung**: Nachm. von 4—5 Uhr im Saale von Kohl's Restaurant, Königsstraße 5. — **Bienenväter-Versammlung**: Abb. 8— im „Weißen Roß". — **Stenograph. Verein u. Stolze**: Abds. Uebung u. Uebungsabend im „Café David". —

Gabelsberger Stenographen-Verein Ab. 8 Sitzung im „Restaurant zum Feldschlößchen" (Eingang Kuhgasse).

Orden der Kreuzbrüder, Stammtisch 103. Abends ½9 Uhr Vereinsabend in „Kelm's Restaurant", gr. Ulrichstraße 7. — **Kaufmänn. Verein „Merkur"**: Ab. 8 im „Zwiebelangler". — **Kaufmänn. Verein „Solidia"**: Ab. 8 im Restaurant zum „Rathsamt". — **Verband deutscher Handlungsgehilfen**, Kreisverein Halle a/S. Jeden Donnerstag Abend Sitzung im „Café David", 1 Treppe. — **Hall. Turnverein**: Ab. 8—10 Uebungsstunde in der städtischen Turnhalle. — **Handwerker-Bildungsverein** Ab. 8 Gesangstunde im „Café Barbarossa". — **Männergesangverein**: Ab. — 9 Uebungsstunde im „Paradies". — **Handwerkermeister-Liedertafel** (Liedab) 8—10 Uebungsstunde: kl. Klausstraße 8 — **Theatralischer Verein** jeden Donnerstag Abend 8½ Uhr im „Café David". — **Aich- und Waageamt**: (gr. Berlin 6a). Wochentags von 8—12 Uhr Mittags und 2—6 Uhr Abends. — **Botanischer Garten**: (gr. Wallstr. 23). Wochentags 6—12 u. 1—6 Uhr. — **Städtische Anstalt für Arbeitsnachweisung.** Inspektor Merten, Arbeitsanstalt. — **Verpflegungsstation I.** für fremde Reisende: ebendaselbst. — **Herberge zur Heimath**: Mauergasse 6b.

Repertoir der Leipziger Theater.

Für Donnerstag:

Neues Theater: Anfang 7½ Uhr: **Zunften unter der Asche — Sie flattert. — Vom landwirthschaftlichen Ball. — Leichter.**

Altes Theater: Anfang 7 Uhr: **Der Trompeter von Säkkingen.**

Carola-Theater: **Die schöne Helena.**

Berliner Börse v. 9. Februar.

Deutsche Fonds.

Preußische Konsols	4	105,10b
Preuß. consol. Staats-Anleihe	4½	—
do. do.	4	105,00⊗
do. Schatzanweisungen	3½	99,90B
do. Staatsschuldscheine	3½	100,00⊗
do. Staats-Präm.-Anl.	3½	138,20b
do. Berliner	5	113,60⊗
do. do.	4½	107,90b
do. do.	4	103,30b
Kur- und Neumärkische	4	102,50b
Landsch. Centr.-Pfandb.	4	103,50b
Ostpreußische	4	101,80b⅜
Pommersche	4	101,50b⅜
Posensche, neue	4	102,00b
Sächsische	4	103,00⊗
Schlesische, neue	4	—
Westpreußische	4	101,40⊗
do. Neuland.	4	101,40⊗
Kur- und Neumärkische	4	102,60b
Pommersche	4	102,00⊗
Posensche	4	102,90B
Preußische	4	103,20b
Sächsische	4	103,20b
Schlesische	4	102,70⊗
Hannösche 20 Thlr. Loose	fr.	97,50⊗
Köln-Mind. Prämienscheine	3½	129,10b⅜
Sächsische Renten von 78	3	90,90b⅜
do. landsw. Pfandbr.	4½	—
do. do.	4	102,80b⅜

Ausländische Fonds.

Oesterr. Silberrente	4½	68,10B
do. Papierrente	5	—
do. Goldrente	4	91,80b
Russ.-Engl. Anleihen von 70 bis 73	5	99,80b
do. von 75	4½	93,40b
Russische von 1862	6	86,55b⅜
do. 1. Orient	5	61,50b
do. III. Orient	5	61,60b
do. Prämien 64	5	142,50⊗
do. Prämien 66	5	137,50b⅜
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	95,40b⅜
do. Ctr.-Bd.-Cred.-Pfdbr.	5	96,40B
Rumänier	5	94,10b
Ungar. St.-Eisenbahn-Anl.	5	102,40⊗
do. Ostbahn II. Em.	5	—
do. Goldrente	4	82,40b
Serbische Rente	5	81,00b

Eisenbahn-Stamm-Actien.

	Dividende 1884	1885	
Aachen-Mastricht	2½	—	54,50b
Berlin-Dresden	0	—	16,50b
Berlin-Stettiner St.	5	—	79,30b
Bing-Bodenbach	9	—	124,90b
Bal. Carl-Ludwigshafen gar.	6,48	—	88,25b
Berlin-Hamburg vorligend.	2½	—	113,60b
Mainz-Ludwigshafen	4½	—	100,30b
Marienburg-Mlawka	3½	—	58,40b
Rechtsch. Fr.-Fr.-St.	9½	—	153,80b
Nordhausen-Erfurt	9	—	41,25⊗
Oestr. Nordw. (Wif. p. St.)	4⅝	—	270,50b
Oestr. St.-Bahn (Wif. p. St.)	6	—	426,50b
Oestr. Südb. (Wif. p. St.)	13½	—	214,50b
Ostpreuß. Südbahn	2¾	—	96 60b
Rudolf. Staats-B. (50% gar.)	7,5	—	123,9 b
Rudolf. Südwestb. (50% gar.)	4	—	69,10b
Saalbahn	0	—	51,20⊗
Warschau Wien (Wif. per St.)	12½	—	234,00b
Weimar-Gera (4½% gar.)	4½	—	32,20b
Werra-Bahn	4	—	84,80⊗

Eisenbahn-Stamm-Priorit.-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	45,25⊗
Marienburg-Mlawka	5	—	114,00⊗
Nordhausen-Erfurt	5	—	114,50b
Oestr. Nordwestbahn	5	—	122,80B
Saalbahn	3½	—	101,60b
Weimar-Gera	2½	—	89,00b

Deutsche Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

		Zi.	
Aachen-Mastricht	4	—	101,40b
Bergisch-Märk. I. u. II. E.	4½	—	103,50b⅜
do. IV. u. V. Ser.	4½	—	103,50b⅜
do. VI. Ser.	4½	—	—
do. VII. Ser. conv.	4½	—	103,50b⅜
do. VIII. Ser.	4½	—	103,50b⅜
do. IX. S. (v. 85 fundb.)	5	—	103 50⊗
do. Hessische Nordbahn	4½	—	103,25⊗
Berlin-Anhalter I. u. II. Em.	4½	—	103,50b⅜
do. III. B.	4½	—	103,25⊗
Berlin-Dresden (gar.)	4½	—	103,25⊗
Berlin-Görlitzer conv. und lit. A.	4½	—	103,25⊗
Berlin-Hamburg I. u. II. Em.	4	—	103,50b
do. III. Em.	fr.	—	97,50⊗
Berlin-Potsdam-Magd. A. B. C.	4	—	103,10⊗
do. Lit. D. E. F.	4½	—	103,30⊗
Berlin-Stettin II. III. u. V. L.	4	—	103,50b⅜
Breslau-Freib. Lit. D. bis K.	4½	—	103,25⊗
do. do. Lit. E.	4½	—	103,80b
do. von 1879	5	—	103,80b
Köln-Mind. II. III. IV. Em.	4	—	—
do. VI. Em. Lit. B.	4½	—	103,40⊗
do. VII. Em.	4½	—	103,30⊗
Halle-Sorau-Guben	4½	—	103,25⊗
Märkisch-Posen	4½	—	103,50⊗
Magdeburg-Halberstadt	4½	—	103,50⊗
do. Leipzig Lit. A.	4½	—	104,30b⅜
do. do. Lit. E.	4½	—	103,80⊗
do. Wittenberger	3	—	82,20⊗
Mainz-Ludwh. unk. bis 1886	5	—	102,00b⅜
do. do.	4	—	—
do. von 1881	4	—	103,25⊗
Niederschles.-Märk. I. Ser.	4	—	102,50⊗
do. II. III. IV. Ser.	4½	—	—
do. Obl. I. u. II. Ser.	4	—	102,50b
Nordhausen-Erfurt	4½	—	—
do.	4	—	102,00⊗
Oberschl. Lit. E. (gar.)	3½	—	99,10⊗
do. Lit. F. u. G.	4½	—	—
do. Lit. H. (4% gar.)	4½	—	103,40b
do. Em. von 79	4½	—	105,60b⅜
do. Em. von 80	4½	—	103,30⊗
Ostpreuß. Südbahn	5	—	—
Rechte Oder-Ufer	4½	—	103,25⊗
do. do.	4	—	—
Rheinische	4	—	—
do. 69. 71. 73 conv.	4½	—	103,50b⅜
Thüringer I. u. III. Ser.	4	—	103,25⊗
do. II. IV. V. u. VI. Ser.	4½	—	103,25⊗
Weimar-Gera	4½	—	101,20B
Werrabahn	4	—	101,20b⅜

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

		Zi.	
Böhmische Nordbahn	4	—	100,00b⅜
Bing-Bodenbach II. Em.	5	—	82,60b⅜
do. III. Em. (in Gold w.)	5	—	106,60⊗
Bing-Prag I. Em.	5	—	107,00⊗
Elisabeth-Westb.	4	—	100,25b⅜
Bal. Carl-Ludwsb. (gar.)	4½	—	80,90b⅜
Kaschau-Oderberg (gar.)	5	—	81,60⊗
do. Gold-Prior. (gar.	5	—	104 10b⅜
Oesterr. Staatsbahn gar.	3	—	406,80b⅜
do. do. v. 1874 gar.	3	—	303,00b⅜
do. do. Ergänz.-Netz gar.	3	—	392,50b⅜
Oesterr. Nordwestbahn gar.	5	—	84,40b
do. do. (Lit. B.)	5	—	82,90b⅜
Oesterr.-Südb. (Lit. Ser.)	3	—	307,70⊗
Oesterr.-Südb. (Lit. Stamm)	3	—	320,25b⅜
do. do. Obl. (gar.)	5	—	106,10b⅜
Reichsbah.-Pard. (Gold-Pr.)	5	—	—
Ungar. Nordostbahn gar.	5	—	80,20b⅜
do. Goldprior. gar.	5	—	103,70b⅜
do. Ostb. I. Em.	5	—	80,50b
do. do. II. Em.	5	—	103,20b⅜
Charkow-Azow gar.	5	—	102,00b
Große Russische gar.	3	—	75,40b
Jelez-Orel gar.	5	—	101,00⊗
Jelez-Woronesch gar.	5	—	106,10b
Kursk-Kiew gar.	5	—	103,60b
Moskau-Rjäsan gar.	5	—	100,00⊗
Transkaukas. gar.	5	—	68,00b
Warschau-Wiener IV. V. u. VI. Em.	5	—	102,90b
Gotthardbahn IV. Ser.	5	—	—

Bank- und Creditbank-Actien.

Zinsen à 4% ab ½, ausgenommen Reichsbank (4½%).

	Dividende 1884	1885	
Bank des Berliner Kassenv.	5½	—	123,50⊗
Große Berliner Gas.	2	—	135,00b⅜
Darmstädter Bank	7	—	135,00b
do. per ult.	7	—	135,25b
Deutsche Bank	9	—	153,75b
do. per ult.	9	—	153,25b
Deutsche Genossenschf.-Bank	8	—	131,75b⅜
Disconto-Gesellschaft	11	—	240 50b⅜
do. per ult.	11	—	199,90b
Dresdener Bank	7½	—	127,90b⅜
Frankfurter (50% G.)	8	—	78,70⊗
Leipziger Credit-Anstalt	9½	—	172,00b⅜
Magdeburger Bankverein	6	—	109,75⊗
do. Privatbank	4½	—	112,90B
Meiningen Kreditbank	8	—	108,00⊗
Mitteldeutsche Bank	5½	—	—
National-Bank (50% G.)	3	—	87,50⊗
Oesterr. Credit (Wif. p. St.)	9⅜	—	497,75b
Reichsbank	4½	—	127,00⊗
Sächsische Bank	5½	—	116,30⊗
Weimarische Bank	4	—	74,00B

Hypothekenbank-Actien.

Braunschw.-Hannover	4	—	89,50b
Deutscher Grundcredit-Bank	0	—	49,50b
do. junge (40% G.)	0	—	78,10b⅜
Preuß. Bodencredit-Bank	6	—	107,25⊗
do. Centr. (40% G.)	8⅜	—	131,70b
do. Hyp.-B. Spirit.	4	—	95,00⊗

Hypotheken-Certificate.

		Zi.	
Anhalter Landesbank	5	—	101,40⊗
Braunschweig-Hannover	4½	—	100,40⊗
do. do.	4	—	100,00⊗
Deutsche Hyp.-B. Berlin	4½	—	101,00⊗
do. do.	4	—	100,75b⅜
Gothaer Prämien I. Rhth.	3½	—	106,40b
do. do. II. Rhth.	3½	—	103,75b⅜
do. rückz. m. 110	3½	—	95,20b⅜
Meininger Prämien	4	—	118,70⊗
Preuß. Bd. unk. rzb. à 110	5	—	111,20b⅜
do. V. u. VI. E. rz. à 100	5	—	101,00⊗
do. rückz. à 115	4½	—	113,00⊗
do. rückz. à 100	4	—	101,25⊗
do. Central-Bod.-Credit unk. jährl. rückz. à 100	4	—	101,80⊗
Preuß. Central-Boden-Credit unk. jährlich rzb. à 110	4½	—	112,00⊗
do. do. rzb. à 100	4	—	102,30B
do. do.	4	—	—
Pr. Hyp.-B. unkd. rzb. à 126	4½	—	114,75⊗
do. do. rzb. à 110	5	—	109,80⊗
do. do. rzb. à 100	4	—	100,30⊗
Stettin. Nat. Hyp.-Credit	5	—	100,90⊗
do. rzb. à 110	4½	—	104 50b⅜
do. rzb. à 110	4	—	99,60b⅜
Süddeutsche Boden-Credit	4	—	102,10b⅜

Industrielle Gesellschaften.

Zinsfuß überall 4%.

Anhalter Masch.-B.-A.	0	—	82,00⊗
Berlin-Anhalt. Masch.	7½	—	119 40B
Berl. Masch. Schwartz.	27	—	303,00b
Berliner Unionsbrauerei	—	—	130,25⊗
Böhm. Bahn. Masch.	10	—	—
Grölwitzer Papierfabrik	15	—	191,00B
Deutsche Kont.-Gas	13	—	196,25⊗
Friedrichshütte R.-B.	—	—	638,00B
Glanziger Zuckerfabrik	2½	—	68,40b
Greppiner Werke	4½	—	99,00B
Halleische Maschinenfabrik	20	—	211,25⊗
Kette, Elbschiff-Ges.	7	—	108,90b
Kirchdörfer Zuckerfabrik	0	—	101,50⊗
Lahmeyer & Co. chem.	4	—	104,00b⅜
L. Löwe u. Co.	10	—	218,00⊗
Magdeb. Allg. Gas	8½	—	136,80b⅜
Magdeburger Bank	8	—	122,75⊗
Nachhalter Zapfenstabrik	5½	—	109,10⊗
Pierdebahn Charlottenburg	4½	—	104,00⊗
do. Ges. Berliner	10½	—	242,50b⅜
do. Magdeburg	9	—	186,50b⅜
Schering, chem. Fabrik	15	—	257,00⊗
Schwenck, Gummi	14	—	156,00B
Stuttgart, chem. Fabrik	—	—	32,25⊗
Tudenburger Masch.	30	—	300,75B
Thüring. Salinen	8	—	135,40B
Zivoli, Actien-Bierbrauerei	—	—	129,50b⅜
Zeitzer Masch.-Anst.	13½	—	159,75⊗

Bergwerks- u. Hüttengesellschaften.

Anhalter Kohlenwerk	11	—	151,75B
Bochum. Gußstahl	10	—	127,00b⅜
Gewerkschaft Marie	7	—	142,75b⅜
Donnersmarckhütte	1	—	31 25B
Dortm. Union St.-Pr. Lit. A.	—	—	56,80b⅜
do. per ult.	—	—	56,50b⅜
Geisenkirchener	6	—	112,25⊗
Königs- und Laurahütte	4	—	85,60B
do. per ult.	4	—	85,25b⅜
Luxhammer Lit. B.	4	—	53,30B
do. cons.	4	—	72 25b⅜
Magdeburger	15	—	225,25⊗
do. St.-Pr. Lit. B.	15	—	—
Sächs. Gußstahl	7	—	110,00⊗
Sächsisch-Thür. Braunkohlen	15	—	190,00⊗
do. St.-Pr.	—	—	—
Schles. Zinkhütten	6	—	116,25⊗
do. do. St.-Pr.	6	—	118,40b⅜
Stolb. Zink St.-A.	½	—	27,75⊗
do. do. St.-Pr.	5½	—	94,75b⅜
Westeregel. Alkalim.	8	—	134,00⊗

Wechsel.

Amsterdam	100 Fl.	8 T.	2½	169,30b⅜
do.	100 Fl.	2 M.	2½	168,75b⅜
London	1 Lstr.	8 T.	2	20,42b⅜
do.	1 Lstr.	3 M.	2	20,35b⅜
Paris	100 Frcs.	8 T.	3	81,10b⅜
do.	100 Frcs.	2 M.	3	80,80b⅜
Petersburg	100 Cr.-R.	3 M.	6	199,80b⅜
Wien	100 Cr.-R.	3 M.	6	168,70b⅜
Wien Oest. B.	100 Fl.	8 T.	4	161,50b⅜
do. do.	100 Fl.	2 M.	4	160,75b⅜

Gold, Silber und Papiergeld.

Cours in Mark.

Dollars	per St.	
Ducaten	per St.	9,60b⅜
Imperials	per St.	—
Napoleonsd'or	per St.	16,20b⅜
Souverains	per St.	20,34b⅜
Englische Banknoten per Lstr.		20,44⊗
Franz. Banknoten per 100 Frcs.		81,20b⅜
Oesterr. Banknoten per 100 Fl.		161,85b⅜
do. Silbergeld. (hier einlösb.)		161,50b⅜
Russische Banknoten p. 100 Rbl.		200,30b⅜

Bankdisconto in

Amsterdam	2½	London	2
Berlin	3½	Paris	3
do. Lombard	4	Petersburg	4
do. Privatdisk.	1⅝	Wien	4
Brüssel	3		

Umrechnungs-Course:

1 Fl. österr. = 2 M. 100 fl. holländ. = 172,8.
1 Dollar = 4 M. 25 Pf. 100 Rubel = 330 R.
100 Frcs. = 80 M. 1 Lstr. = 20 M.

Leipziger Börse v. 9. Februar.

		Zi.	
Königl. Sächsische Rente	3	—	89,80⊗
Pfandbr. des Sächs. Landw. Kred.-Vereins v. 67	4	—	102,50⊗
Credit.-Pfd. Sächs. Landw. Kred.-Verbands v. 67	4½	—	104,50⊗
Schuldsch. b. Sächs. Landw. do. do. von 1882	4	—	99,00B
do. do. von 1879	4½	—	100,50⊗
Saalbahn St.-A. Dis. 83 3½%	5	—	101,00⊗
Allg. Deutsche Credit-Anstalt Dis. 83	4	—	171,75b
Leipziger Bank Dis. 83	4	—	137,00⊗
do. Disc.-Ges. Dis. 83	4	—	99,00⊗
Sächs. Bank Dis. 83	4	—	115,50⊗
Größwitzer Papierfabrik Dis. 83/84 18%	4	—	194,25⊗
do. Schuldverschreibungen	5	—	103,75⊗
Hallesche Straßenbahn Dis. 83/84 5½%	4	—	116,90b⅜
Leipz. Malzdarrk Schreibdarlehn Dis. 83/84 14%	4	—	210,00⊗
Zuckerraffin. Gotha Dis. 83/84 21½%	4	—	116,00b⅜
Russisch-Tapliner Pr.-Obl.	4½	—	100,25⊗
Buschtiehrader do. v. 72	5	—	83,40⊗
Gömörer Eisenbahn-Obl.	5	—	105 30⊗
Graz-Köstacher do. v. 72	5	—	80,25B
Prag-Turnauer do.	5	—	90,00⊗
Ungar. Nordostbahn-Obl.	5	—	79,80⊗
Sächs.-Thür. Brauns.-Verw. R.-G.-St. Div. 83. 15%	4	—	191,00B
Sächs.-Thür. Brauns.-Verw. R.-G.-St.-Pr. Div. 83 15%	4	—	191,00B
Berein. Sächs.-Thüring. Verw. u. Salzdet St.-Pr. Div. 83 80%	4	—	115,00⊗